

Synopse

Wahlprogramme der Parteien
und DGB Positionen zur Europawahl 2014

Verantwortlich:

DGB Bundesvorstand | Abteilung Europapolitik

Gabriele Bischoff (gabriele.bischoff@dgb.de)

Stand: 29. April 2014

Inhaltsverzeichnis

1. Gute Arbeit, faire Mobilität und soziale Sicherheit in Europa	3
Gute Arbeit durch starke Arbeitnehmerrechte in Europa	3
Gute Arbeit durch eine starke Mitbestimmung	3
Faire Mobilität und faire Regeln für den europäischen Arbeitsmarkt	4
Sicherheit durch ein vollständiges Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungsrecht in Europa	4
Sichere Renten in Europa	5
Europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik menschlich gestalten	5
2. Zukunftsinvestitionen in ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa.....	6
Ein Europäisches Investitionsprogramm für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung (Marshallplan)	6
Umbau der Europäischen Union zu einer Sozial- und Wirtschaftsunion	6
In Europas Jugend investieren!.....	8
Soziale und ökologische Leitplanken für den Binnenmarkt schaffen	9
Aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik für den sozial-ökologischen Wandel	9
3. Demokratische Reformen, mehr Teilhabe und starke Grundrechte in Europa.....	10
Demokratiekonforme Marktwirtschaft statt „marktkonforme Demokratie“	10
Grundrechte sichern und fördern!	11

Berücksichtigt wurden die bisher im EP vertretenen Parteien aus Deutschland

Quellenangaben

DGB 2013, Für ein Europa mit Zukunft – sozial, gerecht, demokratisch Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa Beschluss des DGB-Bundesvorstandes vom 5. November 2013, <http://bit.ly/1IHgTgs>

CDU 2014, Gemeinsam erfolgreich in Europa. Europapolitischer Beschluss des 26. Parteitags der CDU Deutschlands, <http://bit.ly/1mGuFjb>

SPD 2014, Europa eine neue Richtung geben. Wahlprogramm für die Europawahl am 25. Mai 2014, <http://bit.ly/1d6NqsM>

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2014, Europa mitentscheiden, erneuern, zusammenhalten. Europawahlprogramm 2014 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, <http://bit.ly/1psenwi>

FDP 2014, BESCHLUSS des Europaparteitages der FDP, Bonn, 19. Januar 2014. Programm der Freien Demokratischen Partei für die Wahl zum VIII. Europäischen Parlament 2014, <http://bit.ly/1p3Bo2U>

DIE LINKE. 2014, Europa geht anders. Sozial, friedlich, demokratisch. Programm der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2014, <http://bit.ly/1qLywr>



1. Gute Arbeit, faire Mobilität und soziale Sicherheit in Europa

Gute Arbeit durch starke Arbeitnehmerrechte in Europa

<ul style="list-style-type: none"> ▪ klares Bekenntnis zur Tarifautonomie; Tarifautonomie in EU-Verträgen wirksam sichern ▪ Wahrung der Autonomie der Sozialpartner sowie Respekt der europäischen Sozialpartner ▪ Sicherung und Ausbau von Arbeitnehmerrechten ▪ Kein Abbau bestehender Arbeitnehmerrechte unter dem Vorwand des Bürokratiebaus (REFIT) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Tarifautonomie und Mitbestimmung sind ein hohes Gut ▪ Sozialpartnerschaft in der EU zu einem Erfolgsmodell entwickeln ▪ Unterstützung des Vorhabens der EU-Kommission, sämtliche Gesetzesvorhaben einem Wettbewerbscheck zu unterziehen (REFIT) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Prinzip der guten Arbeit stärker in Politik der EU verankern ▪ Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft respektieren ▪ Tarifautonomie im europäischen Recht und im Rahmen des Europäischen Semesters sichern ▪ Arbeitsschutz ausbauen ▪ Verstöße gegen das Arbeitsrecht ahnden und sanktionieren 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Tarifautonomie wahren ▪ Sozialpartner bei der Erarbeitung der Empfehlungen des Europäischen Semesters einbinden ▪ Arbeits- und Sozialstandards in der EU stärken ▪ Stärkere EU-weite Koordinierung von Tarifverhandlungen 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorrang Tarifautonomie vor Freiheit der Märkte ▪ Recht auf politischen Streik europaweit ▪ Mindestregelungen für ein europäisches Tarif- und Sozialsystem ▪ Möglichkeiten grenzüberschreitender Tarifverträge und Streikaktivitäten verbessern
---	---	---	--	--	--

Gute Arbeit durch eine starke Mitbestimmung

<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mindeststandards für die Mitbestimmung in Unternehmen mit europäischer Rechtsform ▪ Evaluation und Verbesserung der Eurobetriebsräte-Richtlinie ▪ Verbesserung der Informations- und Konsultationsrechte 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Standards für Mitbestimmung in Unternehmen europäischer Rechtsform ausbauen ▪ Eurobetriebsräte-Richtlinie evaluieren und verbessern 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung der Europäischen Betriebsräte 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Solidarität und Kooperation der Beschäftigten über nationale Grenzen hinweg stärken. Europäische Betriebsräte, die grenzüberschreitende Solidarität, Information und Zusammenarbeit ermöglichen, sind ein erster Schritt. ▪ Gegen Umgehung des Mitbestimmungsrecht der Mitgliedstaaten durch Verlagerung des Unternehmenssitzes innerhalb der EU
---	--	--	---	--	---



Faire Mobilität und faire Regeln für den europäischen Arbeitsmarkt

<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsverhältnisse zugunsten dauerhafter, sozial geschützter Arbeitsverhältnisse ▪ Stärkung der Rechte mobiler Arbeitnehmer/innen ▪ Die Überarbeitung der Entsenderichtlinie und die Sicherstellung des Prinzips Gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort europaweit ▪ Absicherung und Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ▪ Respekt der EuGH-Urteile bzgl. Bereitschaftsdienst und Ausgleichsruhezeiten/ Abschaffung des individuellen Opt-Out ▪ Kampf gegen Schwarzarbeit, Korruption und die Schattenwirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vermittlung von Arbeitskräften und –plätzen in der EU verbessern; Mobilität steigern ▪ Verstärkt qualifizierte und leistungsbereite Menschen aus anderen Ländern gewinnen ▪ Entsenderecht so gestalten, dass Arbeitnehmer wirksam vor Lohn- und Sozialdumping geschützt werden; effektive Kontrollmöglichkeiten; Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss gelten ▪ Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht von Armutswanderung überlagern lassen; konsequenter Verwaltungsvollzug vor Ort bei Missbrauch ▪ Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit ▪ Unbürokratische Übertragbarkeit der Ansprüche auf Altersvorsorge gewährleisten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Prekäre Beschäftigungsverhältnisse zurück drängen; Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen unterbinden ▪ Rechte der mobilen Beschäftigten verbessern und Kontrollen verschärfen; Ausbeutung insbesondere von Arbeitsmigranten beenden ▪ Entsenderecht anhand des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort weiterentwickeln; Rechte entsandter Beschäftigter in der Durchsetzungsrichtlinie verbessern, Kontrollen verschärfen ▪ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort für alle; ▪ Schwarzarbeit zurückdrängen ▪ Europäischer Pakt für Mindestlöhne; Korridore für existenzsichernde Mindestlöhne 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Umfassende Information für mobile Arbeitnehmer/innen über ihre sozialen Rechte und Unterstützung bei der Durchsetzung; Ausbau der EU-Beratungsstellen ▪ Für eine europäische Rahmenrichtlinie für eine soziale Grundsicherung für alle Menschen ▪ Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit am gleichen Ort ▪ Wirkungsvolle Umsetzung der Entsenderichtlinie und Personenfreizügigkeit ▪ bessere Koordinierung von Entsende- u. Empfängerland ▪ Reform der Arbeitszeitrichtlinie; Höchstarbeitszeit prüfen; Anerkennung Bereitschaftsdienst als Arbeitszeit ▪ Garantierte Mindestlöhne in jedem EU-Mitgliedsstaat 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mobilität für Arbeitnehmer erleichtern; Bildungsabschlüsse und Teilleistungen anerkennen ▪ System schaffen für unbürokratische Mitnahmen und Anerkennung von Sozialleistungen ▪ Gegen Einschränkungen der Arbeitnehmer- und Niederlassungsfreiheit ▪ Grenzüberschreitende Austauschprogramme stärker fördern 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Umwandlung prekärer Jobs in sozialversicherungspflichtige und unbefristete Jobs; Niedriglöhne bekämpfen ▪ Sachgrundlose Befristungen ausschließen ▪ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort ▪ Verbot der Leiharbeit ▪ Ausnahmeregelungen in Arbeitszeitrichtlinie beseitigen; Für Arbeitszeitverkürzung: Höchstarbeitszeit 40 h/Woche ▪ Für eine verbindliche Mindestlohnregelung in Höhe von 60% des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns
---	--	--	---	---	---

Sicherheit durch ein vollständiges Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungsrecht in Europa

<ul style="list-style-type: none"> ▪ Nichtdiskriminierung umfassend und Entgeltgleichheit effektiv sicherstellen ▪ verbindliche Vorgaben zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen und Aufsichtsräten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Umfassenden rechtlichen Schutzrahmen gegen Diskriminierung weiterentwickeln ▪ Gleichstellung durch verbindliche europäische Regelungen voranbringen ▪ Europäisches Aktionsprogramm gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gender Budgeting der jährlichen EU-Haushalte ▪ Richtlinie zur Entgeltgleichheit umsetzen und um Maßnahmen zur Transparenz und mehr Lohngerechtigkeit ergänzen ▪ Verbindliche Frauenquote in Aufsichtsräten großer Firmen und Führungsgremien der EU-Institutionen ▪ Einführung paritätischer Wahllisten für die Europawahl ▪ Mutterschutz-Richtlinie verabschieden 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Für Vielfalt und Gleichstellung sowie gegen Diskriminierung, Rassismus und Homophobie 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bekämpfung aller Formen der Diskriminierung ▪ Verbindliche Frauenquoten in Führungspositionen ▪ Recht auf Teilhabe an Erwerbs- und Sorgearbeit
---	---	---	--	---



Sichere Renten in Europa

<ul style="list-style-type: none"> Lebensstandardsichernde Renten Europäische Stabilisierung von Betriebsrenten 	<ul style="list-style-type: none"> Betriebliche Altersvorsorge stärken; Eingriffe durch europäisches Recht auf die betriebliche Altersvorsorge verhindern 	<ul style="list-style-type: none"> Für eine schrittweise Harmonisierung der nationalen Rentensysteme; armutsfeste, EU-weite Mindestrenten 			<ul style="list-style-type: none"> Für EU-weite Mindestrenten und Mindesteinkommen, Lohn- und Rentenkürzungen sowie der Abbau von Sozialleistungen werden ausgeschlossen
---	---	--	--	--	--

Europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik menschlich gestalten

<ul style="list-style-type: none"> Gefahrenfreie Einreise in die EU für Schutzsuchende Praxis der Zurückweisung beenden, FRONTEX muss Seenotrettung garantieren Asylzuständigkeitsregelungen (Dublin II) revidieren, solidarische Verteilung der Lasten zwischen den EU-Ländern 	<ul style="list-style-type: none"> Für die Einhaltung menschenrechtlicher und humanitärer Standards an den Außengrenzen Wirksamer Schutz der Außengrenzen mit einer Stärkung der europäischen Agentur Frontex Für den Schutz politisch Verfolgter; Dublin-Verfahren hat sich grundsätzlich bewährt; Umsetzung eines europaweiten Asylsystems vorantreiben und praktische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten stärken; Strategie zur Rückführung entwickeln 	<ul style="list-style-type: none"> Grundsatz der Nichtzurückweisung und Pflicht zur Seenotrettung gewährleisten Auftrag der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex weiterentwickeln und verändern Reform der Drittstaatenregelung Möglichkeiten der legalen Zuwanderung erhalten und erweitern Fluchtursachen bekämpfen: Armut und Ungleichheit in den Gesellschaften überwinden 	<ul style="list-style-type: none"> Einheitlichen Schutzraum für Flüchtlinge bilden Menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen in ganz Europa; Europäische Asylunterstützungsbüros fördern Gemeinsame und faire Standards bei Asylverfahren Neue Wege für legale und dauerhafte Einwanderung schaffen; z.B. humanitäres Visum Dublin-III-Verordnung abschaffen Solidarmaßnahmen für Mitgliedsstaaten etablieren, die besonders viele Flüchtlinge aufnehmen Eurodac-Datenbank (Fingerabdrücke aller Asylsuchenden) ablehnen 	<ul style="list-style-type: none"> Einhaltung von Menschenrechten und Rettung von Menschen in Seenot haben oberste Priorität Für ein europaweites System der geregelten Einwanderung; System muss sich nach den jeweiligen Bedürfnissen richten Vorprüfungen der Qualifizierung von Einwanderern aus Nicht-EU-Staaten für mögliche legale Einreise Asylrecht muss Grundrecht bleiben; Forderung nach einem europäischen Verteilerschlüssel Asylantragsteller/innen sollen das Recht haben zu arbeiten Rückführungsmodalitäten eindeutig regeln und effizient und konsequent ausgestalten 	<ul style="list-style-type: none"> Unbedingtes Bleiberecht, soziale Absicherung und gleiche Rechte für alle Flüchtlinge Grenzschutzagentur Frontex auflösen und Dublin-Asylsystem abschaffen Gegen Arbeitsverbote für Asylsuchende Faire Arbeitsbedingungen für Migrant/inn/en ohne regulären Aufenthaltsstatus; Rechtsanspruch auf einen legalen Aufenthaltstitel für alle Erwerbstätigen mit keinem legalen Aufenthaltsstatus
---	---	---	--	---	--







2. Zukunftsinvestitionen in ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa

Ein Europäisches Investitionsprogramm für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung (Marshallplan)

<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zukunftsinvestitionen für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung ▪ Europäischer Zukunftsfonds fördert Investitionen in Zukunftssektoren (260 Mrd. Euro jährlich) ▪ Finanzierung des Grundkapitals für den Fonds über einmalige Vermögensabgabe und mit Finanztransaktionssteuer 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Konsequente Umsetzung der beschlossenen Reformen im Zuge des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ▪ Unterschiede in der Wirtschaftskraft der Länder in der Währungsunion abbauen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Europäischen Wachstumspakt (120 Mrd. Euro) umsetzen ▪ Zugang zu Krediten für Klein- und Mittelständler verbessern ▪ Ein europäischer Wachstums- und Aufbaufonds: nicht-genutzte Mittel aus dem EU-Haushalt und aus der europäischen Finanztransaktionssteuer ▪ Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik: Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit mit sozialen- und beschäftigungspolitischen Zielen verbinden 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Green New Deal: Investitionen in die Energiewende, in Klimaschutz und neue Infrastruktur für Jobs und Zukunftsperspektiven; langfristiges und sozial-ökologisch ausgestaltetes Programm im Rahmen des EU-Haushaltes ▪ Finanzierung u.a. aus Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer sowie Mehreinnahmen aus dem Trockenlegen von Steueroasen 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fonds für soziale, inklusive, solidarische und ökologische Entwicklung zur Förderung öffentlicher und sozialer Dienstleistungen, verbunden mit einer Industrie- und Strukturpolitik, die Demokratie in der Wirtschaft fördert ▪ Finanzierung über bereits bestehende Förderprogramme und eine höhere Besteuerung von Vermögen und Spitzeneinkommen ▪ EU-weiter Mindeststeuersatz für Unternehmen ▪ Einmalige Abgabe auf Vermögen ab 1 Millionen Euro ▪ Finanztransaktionssteuer von 0,1%
--	---	---	--	--	--

Umbau der Europäischen Union zu einer Sozial- und Wirtschaftsunion

<ul style="list-style-type: none"> ▪ Umfassende Einbeziehung des Europäischen Parlaments im Rahmen der Maßnahmen zur Krisenbewältigung; Stärkere Kontrolle der Kommission ▪ Handlungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten wiederherstellen (Einnahmen strukturell erhöhen, Reichtum gerechter verteilen) ▪ Einheitlichere Steuerpolitik um Steuerdumping und Steuerflucht zu verhindern ▪ Steuerhinterziehung bekämpfen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Für den Abbau von Neuverschuldungen, ausgeglichene Haushalte in den EU-Mitgliedsstaaten und strikte Einhaltung nationaler Schuldenbremsen; Hilfen nur im Gegenzug zu strikten Auflagen; Troika unterstützt und überwacht ▪ Haushalte und Schuldentwicklung in betroffenen Ländern besser überwachen; Möglichkeiten der Europäischen Kommission zur Kontrolle der nationalen Haushalte weiter stärken 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Für einen sozialen Stabilitätspakt ▪ Einführung Mindeststeuersatz und gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftsteuer ▪ Finanzinstituten, die am Steuerbetrug mitwirken, die Banklizenz entziehen ▪ Steueroasen identifizieren und trocken legen ▪ Soziale Mindeststandards europäisch vereinbaren 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Strukturreformen für Länder, die Hilfskredite bekommen ▪ Forderung nach einer Auswertung, wie sich bisherige Krisenmaßnahmen auf Sozialsysteme ausgewirkt haben ▪ Altschuldentilgungspakt zur Überwindung der öffentlichen Überschuldung in Europa; Zusammenführung der Altschulden (anteilig) und Aufnahme neuer schulden begrenzen; Finanzierung Vermögensabgaben an einen Altschuldentilgungsfonds 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stabilitätsunion voranbringen; Verstöße gegen Stabilitäts- und Wachstumspakt mit Sanktionen ahnden ▪ Am Verschuldungsverbot der EU festhalten ▪ Zugriff der EU-Kommission auf Mittel des ESM ablehnen ▪ Beschlossene Hilfen im EFSF und ESM zeitliche begrenzen; ESM zurückfahren ▪ Europaweite Harmonisierung von Steuersätzen ablehnen ▪ Finanztransaktionssteuer ablehnen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Reform der Europäischen Währungsunion (EWU) ▪ Ausgleichs-Fonds einrichten; Finanzierung durch Kompensationszahlungen bei ausgebliebenen Reformen ▪ „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz“ ablehnen; ▪ Schuldenstand sozial verträglich senken mit Schuldenschnitt und Millionärsabgabe auf Vermögen ▪ Direkte Kreditvergabe an Staaten durch EZB in festgelegtem Rahmen ▪ Gründung einer europäischen Bank für öffentlichen Anleihen
---	---	--	---	---	---

					
<ul style="list-style-type: none"> Banklizenz für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und Einführung von Eurobonds, um Staatsfinanzen von den Finanzmärkten zu entkoppeln Schaffung gemeinsamer fiskalpolitischer Mechanismen, um Wachstum zu fördern und Krisen entgegensteuern zu können verbindliche Koordination nationaler Fiskalpolitiken, Verpflichtung auf konjunktur- und verteilungsgerechter Konsolidierung der öffentlichen Haushalte 	<ul style="list-style-type: none"> Kampf gegen Steuerbetrug und Steuervermeidungsstrategien; automatisierten Informationsaustausch zwischen EU-Staaten und international etablieren Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs mit konsequenter Nutzung des sogenannten Reverse-Charge-Verfahrens Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage Gegen Eurobonds und einen Schuldentilgungsfonds 		<ul style="list-style-type: none"> Umfassendes Programm gegen Steuerdumping und für mehr Transparenz; länderbezogene Berichterstattungspflicht für alle international tätigen Unternehmen Gemeinsame Bemessungsgrundlage für Körperschaftsteuer schaffen und Mindeststeuersatz einführen Ziel: Gemeinsame europäische Steuerpolitik Europäischer Steuerpakt für eine faire Erhöhung der staatlichen Einnahmen zur Finanzierung der sozialen Grundaufgaben ESM in EU-Verträgen verankern Gegen Eurozonen-Haushalt Zusätzliche Finanzierungsmaßnahmen für Krisenstaaten müssen in EU-Haushalt eingestellt werden 	<ul style="list-style-type: none"> Euro-Rettung demokratisch kontrollieren; Debatte im Europäischen Parlament stärken, aber Entscheidung allein von Euro-Mitgliedsländern Unabhängigkeit der EZB und Eigenständigkeit der EU-Kommission garantieren No-Bail-Out-Klausel wieder vollständig etablieren Insolvenzrecht für Staaten schaffen; Austritt aus dem Euro ermöglichen 	<ul style="list-style-type: none"> Für ein Programm zur Verbesserung der sozialen Sicherheit; für volle gesellschaftliche Teilhabe Einführung gemeinsamer Staatsanleihen - Eurobonds Kampf gegen Steuerflucht verschärfen
<p>Finanzmärkte wirksam regulieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> Gleiche Mindestvorschriften für alle Finanzmarktakteure Zentralisierung der Bankenaufsicht und Ausstattung mit Eingriffsrechten Öffentlicher Finanz-TÜV für alle Finanzprodukte Begrenzung des Einflusses von Ratingagenturen 	<ul style="list-style-type: none"> Für eine Bankenunion und strengere Regeln für den Finanzmarkt Einheitliche Regeln für große Banken Einheitlicher Abwicklungsmechanismus; Abwicklungsfonds finanziert durch Banken Festhalten am Universalbankensystem Schattenbanken verhindern Nationale Besonderheiten bei europäischen Finanzmarktregeln berücksichtigen Finanztransaktionssteuer einführen 	<ul style="list-style-type: none"> Bankenunion mit gemeinsamer Aufsicht, einem System der Einlagensicherung und Mechanismen zur Bankenabwicklung (europäischen Abwicklungsfonds, perspektivisch finanziert von Bankenabgaben) Umsetzung der Finanztransaktionssteuer Deutlichere Einschränkungen von riskanten Geschäften Ende der Rohstoff- und Nahrungsmittelspekulation Trennung von Investment- und Geschäftsbanking 	<ul style="list-style-type: none"> Bankenunion mit klaren Regeln für grenzüberschreitende Finanzdienstleister Gemeinsame unabhängige europäische Bankenaufsicht europäischer Abwicklungsmechanismus; Abwicklungsfonds finanziert von Banken Koordinierte Einlagensicherungssysteme für Einlagen bis 100.000 Euro Höhere Eigenkapitalanforderungen von großen und systemrelevanten Instituten Strikte Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken 	<ul style="list-style-type: none"> Rekapitalisierung von Banken nicht durch ESM, sondern durch jeweiligen Staat Einheitliche Einlagensicherung ablehnen 	<ul style="list-style-type: none"> Europäische „Bankenunion“ in beschlossener Form ablehnen Für eine kontrollierte Insolvenz; Einlagen der Kleinsparer/innen schützen Investmentbanking abwickeln Schattenbanken auflösen Eigenkapitalquote für Banken deutlich erhöhen Bankensystem sanieren; private Großbanken vergesellschaften Kommunale und genossenschaftliche Geldinstitute gezielt unterstützen Finanz-TÜV einführen Öffentliche europäische Rating-Agentur schaffen

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schärfere Überwachung der Rating-Agenturen ▪ Transparenz bei Derivate-Handel 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gleiche Maßstäbe für Schattenbanken ▪ Europaweiter öffentlicher Finanz-TÜV für Finanzprodukte ▪ Striktere Regulierung von Rating-Agenturen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Harte Schuldenbremse für Banken; Eigenkapitalquote: 10% der risikougewichteten Bilanzsumme ▪ Zinsänderungsrisiken regulieren ▪ Strengere Regeln bei Vergabe von Hypothekenkrediten sowie einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt für die Altersvorsorge ▪ Transparenz bei Ratingagenturen; Verpflichtung zu neuem Risikobegriff; Gründung einer unabhängigen Rating-Stiftung ▪ Für Finanztransaktionssteuer ▪ Erweiterung der EU-Zinsrichtlinie auf alle Finanztransaktionen und Harmonisierung auf Länder außerhalb der EU 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ EZB zur Förderung von nachhaltiger Entwicklung und Beschäftigung zwingen ▪ Demokratische Kontrolle der EZB durch das Europäische Parlament ▪ Bankenabgabe zur Beteiligung an Krisenkosten ▪ Kredite mit einer Sozialgarantie verbinden
In Europas Jugend investieren!					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbindliche und schnelle Umsetzung und ausreichende Finanzierung der Jugendgarantie ▪ ein Gemeinschaftsprogramm für Jugendbeschäftigung nach Vorbild des Globalisierungsfonds ▪ Vereinfachung der Strukturfonds für Jugendbeschäftigungsprogramme ▪ Möglichkeiten im Rahmen des ESF länderübergreifende Kooperationsprojekte zu starten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vereinbarungen zur Jugendgarantie umsetzen ▪ Europäische Länder bei der Einführung der dualen Ausbildung unterstützen ▪ Bildungssysteme modernisieren ▪ Meisterbrief erhalten ▪ Jungunternehmer/innen unterstützen ▪ Für den Ausbau europäischer Freiwilligendienste 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Europäische Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit in den nächsten zwei Jahren zur Verfügung stellen ▪ Jugendgarantie national und europäisch umsetzen und ausweiten ▪ Europäische Qualitätsrahmen für Praktika; fairer Entlohnung und gute fachliche Qualität ▪ Vollständige Anerkennung der Meister- und Technikerabschlüsse in Europa 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Jugendbeschäftigungsinitiative finanziell aufstocken ▪ Vorrang hochwertige Arbeitsplätze und Qualifizierungsangebote vor Praktika ▪ Praktika nur unter Einhaltung der Qualitätscharta für Praktika vom Europäischen Jugendforum ▪ Ausreichend Unterstützung für junge Arbeitsmigrant/innen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Etablierung einer dualen Berufsausbildung ▪ Zuständigkeit für Bildung und Arbeitsmarkt muss bei Mitgliedsstaaten verbleiben 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Jugenderwerbslosigkeit durch Sonderprogramme bekämpfen ▪ Umfassende „Jugendgarantie“; Arbeitsplätze durch europäisches Zukunftsinvestitionsprogramm ▪ Recht auf Ausbildung und Übernahme einführen ▪ Sofortprogramm für Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung



Soziale und ökologische Leitplanken für den Binnenmarkt schaffen

<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ende der Liberalisierungs-, Deregulierungs- und Flexibilisierungspolitik der EU ▪ Diskriminierungsfreier und flächendeckender Zugang zu Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ▪ Wirksame Tariftreueregelungen, soziale und ökologische Kriterien in der öffentlichen Auftragsvergabe ▪ Transparenz und Beteiligung bei Handelsabkommen - Gegen Liberalisierung und Deregulierung durch die Hintertür 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fairer Wettbewerb statt Abschottung von Märkten und Branchen ▪ Frühwarnsystem: Überprüfung ob Mittelstand von bestimmten Regeln der EU-Gesetzgebung ausgenommen werden kann ▪ Für die Schaffung einer Europäischen Privatgesellschaft ▪ Öffentliche Daseinsvorsorge sichern ▪ Handelsbeschränkungen weltweit abbauen und internationalen Freihandel stärken; Handelshemmnisse abbauen; TTIP vorantreiben; Grundlage dafür EU Verbraucher-, Daten- und Umweltschutzniveaus 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Weg von Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung und hin zu Wachstum und Innovation mit hoher Beschäftigung und sozialer Gerechtigkeit ▪ Schutz der Daseinsvorsorge: Öffentliche Daseinsvorsorge in den Händen der Kommunen ▪ Nein zu Vorhaben, die Zwang der Privatisierung beinhalten ▪ Freihandelsabkommen dürfen öffentlichen Daseinsvorsorge und Vergabe nicht gefährden ▪ Freihandelsabkommen (u.a. mit USA) dürfen nicht die Rechte der Arbeitnehmer/innen aushöhlen; Schutz der Privatsphäre und der Bürgerrechte muss erreicht werden 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ablehnung der Besteuerung interkommunaler Zusammenarbeit ▪ Vergabe öffentlicher Aufträge oder interkommunale Zusammenarbeit darf nicht zur Privatisierungsfrage werden ▪ Aussetzen der TTIP Verhandlungen und Neustart auf Basis eines transparenten Verfahrens 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Für die Vollendung des europäischen Binnenmarktes ▪ Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit als Hauptziel der EU-Förderung ▪ Europäische Subventionen zurückfahren und auf Wirksamkeit überprüfen ▪ Entbürokratisierung und mehr Rechtssicherheit für Unternehmen; Unternehmensgründung erleichtern ▪ Vergaberecht und europäische Ausschreibungen vereinfachen ▪ Freihandel weltweit vorantreiben, TTIP Verhandlungen mit einem Datenschutzabkommen verbinden 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rücknahme aller EU-Richtlinien und –Verordnungen, die als Grundlage für Privatisierung und Liberalisierung gedient haben ▪ Erneuerung der öffentlichen Daseinsvorsorge, die die Entscheidungsmöglichkeiten der Kommunen erweitert ▪ Vergabe von öffentlichen Aufträgen und den Grundsatz der „Guten Arbeit“ sichern ▪ Freihandelsabkommen TTIP stoppen ▪ Investitionsschiedsgerichtsbarkeit aus allen Handelsabkommen streichen
---	---	---	--	--	---

Aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik für den sozial-ökologischen Wandel

<ul style="list-style-type: none"> ▪ Förderung des sozial-ökologischen Umbaus in der ganzen Breite aller Wirtschaftssektoren ▪ Europäische Industrie- und Dienstleistungspolitik, die sich an den Bedürfnissen und Interessen der Beschäftigten und Verbraucher orientiert ▪ Europäische Innovationspolitik, die die aktive Rolle der Beschäftigten und Kunden im Innovationsprozess stärkt 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Europa als wettbewerbsfähigen Standort von Industrie, Dienstleistung und Mittelstand stärken ▪ Für eine Stärkung des verarbeitenden Gewerbes ▪ Bestmögliche Bedingungen für Forschung und Innovation schaffen; Brücken von der Forschung in Märkte schlagen ▪ Stärkung der Infrastruktur ▪ Für einen europäischen Energiemarkt mit hoher Versorgungssicherheit und industriellen Arbeitsplätzen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Europäische Industriepolitik, die auf Innovation und Wachstumspotenziale in den Leitmärkten setzt ▪ Für eine ambitionierte Umwelt- und Energiepolitik der EU, die Klima-, Umwelt- und Naturschutz, wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung nicht als Gegensätze begreift 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Statt schneller Gewinne und der rücksichtslose Plünderung endlicher Ressourcen, grüne Wirtschafts- und Finanzpolitik, die sich am Gemeinwohl und an der Förderung sozialer Gerechtigkeit ausrichtet ▪ Konsequenter Klimaschutz, verantwortlicher Umgang mit Ressourcen ▪ Neue Agrarwirtschaft ohne industrielle Massentierhaltung ▪ Stärkung der Solidarischen Ökonomie 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Für einen starken öffentlichen Sektor und den Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen ▪ Für eine dezentrale, in den Regionen verankerte Energiewende, die sozial und demokratisch ausgestaltet ist ▪ Rechte der Verbraucher/innen stärken mit klaren gesetzlichen Vorgaben und Regulierungen gegenüber den Unternehmen und einer öffentlichen Kontrolle der Märkte
---	---	---	---	--	--

3. Demokratische Reformen, mehr Teilhabe und starke Grundrechte in Europa

Demokratiekonforme Marktwirtschaft statt „marktkonforme Demokratie“

- | | | | | | |
|---|--|---|---|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> ▪ Einsetzung eines Vertrags-Konvents mit dem Ziel Europa demokratischer und sozialer zu machen und die Geburtsfehler der Währungsunion zu überwinden ▪ Stärkung des Europäischen Parlaments, insb. bei der Wahl des Kommissionspräsidenten und durch eigenes formelles Initiativrecht ▪ Wahrung der Gemeinschaftsmethode statt der Unionsmethode ▪ Volle Beteiligung des Europäischen Parlaments bei internationalen (Handels-)abkommen ▪ Vermeidung der Umgehung der europäischen Verträge durch zwischenstaatliche Verträge ▪ Mehr Transparenz in der Gesetzgebung, informelle Trilogverhandlungen nur in Ausnahmefällen | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung des Europäischen Parlaments durch ein eigenes Initiativrecht ▪ Für eine begrenzte Zahl von Vizepräsidenten der neuen Europäische Kommission; ▪ langfristiges Ziel: Direktwahl des Kommissionspräsidenten ▪ EU-Gesetzgebung vereinfachen und eine unabhängige Gesetzesfolgenabschätzung einführen; Rückführung von Zuständigkeiten auf die nationale Ebene ermöglichen ▪ Stärkung der parlamentarischen Beratungsmöglichkeiten; ▪ bessere Zusammenarbeit der Euroländer in allen Bereichen der Wirtschaftspolitik ▪ Schaffung eines unabhängigen EU-Normenkontrollrats ▪ EU-Verträge an die wachsende Zusammenarbeit anpassen, bspw. wegen notwendiger Vertiefung der wirtschaftspol. Abstimmung in der Eurozone, Bankenunion | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Reform der EU-Kommission: Ausbau zu einer wahren EU-Regierung, die dem Europäischen Parlament vollständig verantwortlich ist ▪ Initiativrecht und Budgetrecht für das Europäische Parlament ▪ „Bürokratie-Check“ für die europäische Gesetzgebung; ▪ mehr Zurückhaltung in der Gesetzgebung und Konzentration auf das Wesentliche ▪ Strengere Regeln für Lobbyisten ▪ europäischer Zukunftskongress | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung der Parlamente auf allen Ebenen und enge Zusammenarbeit in einer „Allianz der Parlamente“; ▪ Vernetzung der Abgeordneten; Rederecht von Europaabgeordneten in Landtagen; Wahl des Kommissionspräsidenten ▪ Für ein Recht der Minderheiten, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen ▪ Für einen demokratisch legitimierten Europäischen Konvent, der Zivilgesellschaft und Sozialpartner mit einbezieht; zur Überarbeitung der Europäischen Verträge eingesetzt; Abstimmung über Ergebnisse in europaweitem Referendum; zentrale Themen: Weiterentwicklung der eur. Demokratie, Wirtschafts-, Finanz-, Sozialpolitik | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Europäische Institutionen demokratisieren und die Rechte des Europäischen Parlaments stärken; Klare Kompetenzabgrenzung und – zuweisung ▪ Für eine Verkleinerung der Europäischen Kommission ▪ Weiterentwicklung des Ausschusses der Regionen zur Subsidiaritätskammer ▪ Abschaffung des Wirtschafts- und Sozialausschusses ▪ Abschaffung des Europäischen Rats; Vertretung aller Mitgliedstaaten im Rat der EU ▪ Wiederbelebung der Debatte um eine gemeinsame europäische Verfassung mithilfe eines Konvents; Ziel: stärkere eur. Integration ▪ Grundsätzliche Rückkehr zur Gemeinschaftsmethode ▪ Substanzuelle Hoheitsübertragung nur mit Volksabstimmung; Kritische Bestandsaufnahme sämtlicher europäischer Zuständigkeiten ▪ Schaffung eines Normenkontrollrats zur unabhängigen Abschätzung der Kosten von europäischer Gesetzgebung und Regulierung | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung des Europäischen Parlaments; gleichberechtigt mit dem Europäischen Rat; inkl. Vorschlag und Wahl der Europäischen Kommission und deren Präsidenten; Initiativrecht für das Europäische Parlament im Gesetzgebungsverfahren ▪ Forderung nach EU-weiten und verbindlichen Volksentscheiden ▪ Für eine Verfassung für Europa; inkl. Abstimmung durch Referendum |
|---|--|---|---|---|--|



CDU



SPD



DIE LINKE.

Grundrechte sichern und fördern!

- Grundrechte wahren und stärken – Europäische Verträge respektieren
- Vorrang sozialer Grundrechte vor wirtschaftlichen Freiheiten vertraglich verankern ("Soziale Fortschrittsklausel" in den EU-Verträgen)
- Jede Einschränkung des Streikrechts abwehren
- Opt-out einzelner Mitgliedstaaten von der Grundrechtecharta beenden
- Stärkere Überprüfung der Einhaltung der Grundrechte
- Beitritt der EU zur revidierten Europäischen Sozialcharta und ihren Protokollen, zu UN-Menschenrechtspakten und -Konventionen sowie allen wichtigen ILO-Übereinkommen zum Schutz der sozialen Rechte

- Charta der Grundrechte mit mehr Leben füllen
- Achtung der Menschenrechte; Menschenrechte als wesentlicher Teil einer wertegeleiteten europäischen Außenpolitik

- Soziale Grundrechte müssen mindestens gleichrangig mit Marktfreiheit im Binnenmarkt sein, nicht untergeordnet

- Für eine "Soziale Fortschrittsklausel" im EU-Recht
- Vorrang der öffentlichen Daseinsvorsorge und Wohnraumvorsorge vor europäischem Wettbewerbsrecht
- Anerkennung VN-Konvention Menschenrecht mit fünfter Antidiskriminierungsrichtlinie
- Neue Mechanismen und Instrumente zur Vorbeugung der Verletzung von Grund- und Menschenrechten, z.B. stärkeres Monitoring, Frühwarnsysteme etc.

- Achtung der Charta der Grundrechte in allen Mitgliedstaaten; Start einer neuen Grundwerteinitiative

- Für eine Sozialcharta bei Hilfen für die Krisenstaaten
- Vorrang sozialer Grundrechte, erreichten Standards und Tarifautonomie vor Freiheit der Märkte
- Für eine "Soziale Fortschrittsklausel" in den EU-Verträgen; Revision der Grundsatzverträge der EU mit Volksabstimmung in allen EU-Mitgliedstaaten; Beitritt zur Sozialcharta
- Für ein Beschwerderecht der Gewerkschaften beim Europarat bei Verstößen gegen soziale Grundrechte